

Richtlinie für das Beteiligungsmanagement beim Landkreis Cuxhaven

1. Das Beteiligungsmanagement hat den Kreisausschuss und den Kreistag über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten.

Zu den Angelegenheiten besonderer Bedeutung gehören insbesondere:

- a) Änderung von Gesellschaftsverträgen; soweit Sie:

- Erhöhung des Stammkapitals,
- Herabsetzung des Stammkapitals,

betreffen.

- b) Bestellung von Geschäftsführern;
 - c) abzusehende Jahresfehlbeträge im Jahresabschluss, die nicht im Unternehmensplan berücksichtigt wurden;
 - d) Neuaufnahme von Gesellschaftern.
2. Das Beteiligungsmanagement hat - damit Anweisungsbeschlüsse nach § 111 Nr. 1 NGO ermöglicht werden - den Kreisausschuss soweit wie möglich vor einer Beschlussfassung in Gesellschafterversammlungen zu informieren über:
 - a) vorgesehene Änderungen von Gesellschaftsverträgen sowie Auflösungen von Gesellschaften;
 - b) Aufstellung von Unternehmensplänen, soweit Beteiligung des Landkreises Cuxhaven über 20 % beträgt;
 - c) Feststellung von Jahresabschlüssen nebst Gewinnverwendung sowie Abdeckung von Jahresfehlbeträgen, soweit Beteiligung des Landkreises Cuxhaven über 20 % beträgt;
 - d) Verpflichtungen zur Leistung von Nachschüssen.

Soweit Gesellschafterversammlung für Beschlussfassung zuständig ist:

- e) Belastung von Grundstücken, soweit nicht im Unternehmensplan veranschlagt;
 - f) das Eingehen von Wechselverbindlichkeiten, Garantieverpflichtungen und Übernahme von Bürgschaften und Haftungen ähnlicher Art.
3. Das Beteiligungsmanagement hat darauf hinzuwirken, dass bei Gesellschaften, an denen der Landkreis mit mehr als 50 % beteiligt ist und bei denen die Gesellschafterversammlung für die Kreditaufnahmen nach dem Gesellschaftsvertrag zuständig ist, Darlehen und Kassenkredite nur mit Genehmigung des Kreistages beschlossen werden.